



Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzende des
Ausschusses für Gesundheit, Pflege
und Demografie
Frau Hedi Thelen, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/7424
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

3. November 2020

Mein Aktenzeichen PuK	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail Dagmar Rhein-Schwabenbauer Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16-2415 06131 1617-2415
--------------------------	-------------------	--	---

48. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 29. Oktober 2020

hier: TOP 4

Auswirkungen der staatlich angeordneten Maßnahmen zwecks Eindämmung von SARS-CoV-2 auf die psychische Gesundheit der Menschen in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion AfD, Vorlage 17/7331

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Thelen,

anlässlich der Erörterung des oben genannten Tagesordnungspunktes in der 48. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 29. Oktober 2020 habe ich zugesagt, den Mitgliedern des Ausschusses meinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Ausfertigung ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen


Sabine Bätzing-Lichtenthäler

- 1 -

Blinden und sehbehinderten
Personen wird dieses Dokument
auf Wunsch auch in für sie wahr-
nehmbarer Form übermittelt.

Abteilung Gesundheit:
Stiftsstraße 1-3 • Fax 06131/164375



636 - 76 701-1.5

Mainz, den 20. Oktober 2020

Bearbeiterin: Ulrike Zier

☎ 06131 16-5547

Sprechvermerk

48. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 29. Oktober 2020

hier: TOP 4

Auswirkungen der staatlich angeordneten Maßnahmen zwecks Eindämmung von SARS-CoV-2 auf die psychische Gesundheit der Menschen in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion AfD, Vorlage 17/7331

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Thelen,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

es ist richtig, dass die COVID-19-Pandemie neben ihren gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen auch zu einer erhöhten psychischen Belastung der Bevölkerung führt. Diese Belastung hat unterschiedliche Komponenten und Ursachen und betrifft verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark. Ängste und Sorgen vor eigener Ansteckung oder der Ansteckung nahestehender Personen, wirtschaftliche Nöte sowie Isolation und Unsicherheit sind einige der mittlerweile bekannten Schlagworte, die emotionalen Stress verstärken und zur Entwicklung oder Verstärkung psychischer Erkrankungen beitragen können. Es ist davon auszugehen, dass sich die psychischen Folgen der Krise mit zeitlicher Verzögerung zeigen.

In diesem Zusammenhang wird deshalb in der Presse von einer so genannten „Dritten Welle“ gesprochen.



Wie bereits im Anhörverfahren der Enquete-Kommission „Corona-Pandemie“ zum aktuellen Forschungsstand durch die Präsidentin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz festgestellt wurde, liegen bisher weder für die Bundesrepublik noch für Rheinland-Pfalz belastbare Abrechnungsdaten und Forschungsergebnisse zur Entwicklung psychischer Erkrankungen beziehungsweise einer deutlich erhöhten Inanspruchnahme des Versorgungssystems aufgrund psychischer Erkrankungen vor. Die von der KKH für die Bundesrepublik veröffentlichten Angaben über einen drastischen Anstieg von Arbeitsunfähigkeiten aufgrund psychischer Erkrankungen lassen sich für Rheinland-Pfalz nicht bestätigen. Die AOK Rheinland-Pfalz berichtet im Gegenteil über eine niedrigere Zahl von Arbeitsunfähigkeitsfällen aufgrund psychischer Erkrankungen im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem ersten Halbjahr 2019, bei einem gleichzeitigen geringen Anstieg der Krankheitsdauer.

Zur Prävention von psychischen Belastungen gehört es, die Resilienz zu fördern und niedrigschwellige Hilfsangebote bekannt zu machen. Auf ihrer Internetseite zu Corona hat die Landesregierung deshalb frühzeitig auf Telefonhotlines und Angebote für psychisch belastete und erkrankte Menschen hingewiesen, wie etwa das SeeleFon, die Telefonseelsorge oder das Online-Angebot Rettungs-Ring.

Darüber hinaus fördert das Land im Rahmen der Gesundheitsförderung und Prävention seit Anfang des Jahres den Aufbau einer sogenannten Resilienz-Ambulanz am Leibniz-Institut für Resilienzforschung in Mainz. Dort erhalten Bürgerinnen und Bürger kompetente, zielgruppenspezifische Beratung zu Fragen rund um Stress und Resilienz.

Zentral ist weiterhin, dass unser differenziertes Behandlungsangebot für psychisch erkrankte Menschen in Rheinland-Pfalz auch unter Berücksichtigung des Infektionsschutzes verfügbar und erreichbar bleibt. Bisher ist das gut gelungen. Einige Häuser haben sogar eigene Telefonhotlines für Hilfesuchende eingerichtet.

Auch im ambulanten Bereich wurde die Versorgung aufrechterhalten.



Das Angebot an Videosprechstunden wurde deutlich erweitert; beispielsweise wurde für den Zeitraum von 1. April bis 31. Dezember 2020 durch den GKV-Spitzenverband und die Kassenärztliche Bundesvereinigung die Beschränkung für die Videosprechstunde aufgehoben.

Im Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre lässt sich zudem eine Erweiterung des Versorgungsangebots im ambulanten sowie im stationären und teilstationären Bereich feststellen: So hat sich beispielsweise im ambulanten Bereich die Zahl der niedergelassenen Nervenärztinnen und Nervenärzte, Neurologinnen und Neurologen sowie Psychiaterinnen und Psychiater von 201 im 3. Quartal 2010 auf 220 im 1. Quartal 2020 und auf 222 im 3. Quartal 2020 erhöht. Die Zahl der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ist von 804 im 3. Quartal 2010 auf 992 im 1. Quartal 2020 und auf 1.001 im 3. Quartal 2020 angestiegen. Im Bereich der stationären Versorgung weist der aktuelle Landeskrankenhausplan gegenüber dem Plan aus dem Jahr 2009 allein im Fachbereich Psychiatrie und Psychotherapie einen Zuwachs von 123 Betten und 324 tagesklinischen Plätzen aus.

Unser differenziertes Versorgungssystem für psychisch Erkrankte wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten für eine wohnortnahe Versorgung ausgebaut und gestärkt. Dies und Instrumente, wie Sonderbedarfszulassungen und Monitoring der stationären Kapazitäten, werden unseren Partnern und uns helfen, auf einen in Folge der Pandemie möglicherweise erhöhten Versorgungsbedarf zu reagieren.

Vielen Dank!